

Südkoreas Yoon bei erster Anhörung im Aufstandsprozess

Südkoreas ehemaliger Präsident Yoon Suk Yeol trat vor Gericht, um sich wegen Anklagen der Auflehnung zu verteidigen. Die Verhandlungen über seine Amtsenthebung und die martialischen Maßnahmen laufen.

Der geschasste Präsident Südkoreas, **Yoon Suk Yeol**, erschien am Donnerstag vor einem Gericht in Seoul zu seiner ersten Anhörung im Rahmen eines Verfahrens wegen Aufstands – dem ersten Strafverfahren gegen einen amtierenden Staatschef in der Geschichte des Landes.

Vorwürfe gegen Yoon Suk Yeol

Im vergangenen Monat wurden Yoon die Vorwürfe gemacht, er habe am 3. Dezember martialisches Recht verhängt, um einen Aufstand zu führen. Die Staatsanwaltschaft hatte ihn daraufhin angeklagt.

Gerichtsverhandlung und Sicherheitsvorkehrungen

Ein Fahrzeugkonvoi des Justizministeriums brachte Yoon vom Detentionszentrum in Seoul zum Gericht. Vor dem Gericht standen zahlreiche Polizeibusse bereit, um die Sicherheit während der Verhandlung zu gewährleisten.

Reaktion der Verteidigung

Die Staatsanwaltschaft forderte eine zügige Fortführung des Verfahrens angesichts der Schwere der Vorwürfe. Allerdings benötigten die Anwälte von Yoon mehr Zeit, um die Unterlagen zu prüfen. „Yoon hatte keine Absicht, das Land zu paralysieren“, erklärte einer seiner Anwälte vor Gericht und fügte hinzu, dass die Erklärung des martialischen Rechts dazu diene, die Öffentlichkeit auf die „gesetzgeberische Diktatur der großen Oppositionspartei“ aufmerksam zu machen.

Schwere der Anklage und mögliche Konsequenzen

Sollte Yoon verurteilt werden, drohen ihm jahrelange Haftstrafen für seine Verordnung über das martialische Recht, die das Land in Aufruhr versetzte und zum Ziel hatte, politische und parlamentarische Aktivitäten zu verbieten sowie die Medien zu kontrollieren. Dieser Schritt löste politische Unruhen in der viertgrößten Volkswirtschaft Asiens und einem wichtigen Verbündeten der USA aus, wobei auch der Ministerpräsident seines Amtes enthoben und von der Macht suspendiert wurde.

Weitere juristische Schritte

Die Anwälte von Yoon beantragten außerdem die Aufhebung seiner Haft, indem sie erklärten, dass die Ermittlungen illegal durchgeführt worden seien und kein Risiko bestünde, dass Yoon Beweise vernichten könnte. Wann das Gericht über die Haftentscheidung urteilen wird, ist unklar; jedoch wurde die nächste Anhörung in dem Strafverfahren für den 24. März anberaumt.

Paralleles Impeachment-Verfahren

Nach der Strafverhandlung nahm Yoon am Donnerstag Nachmittag an einem parallelen Impeachment-Verfahren des Verfassungsgerichts teil, das sich in der finalen Phase befindet. Zeugen vor Gericht waren auch Ministerpräsident Han Duck-soo,

der ebenfalls seines Amtes enthoben wurde und auf die Entscheidung des Gerichts über sein Schicksal wartet.

Aussagen der Zeugen

„Ich bin tief belastet von der Verzweiflung, die jeder unserer Bürger aufgrund der extremen Politik empfand, die vor, während und nach dem Notstand martialischen Rechts stattfand“, sagte Han.

Entscheidung des Verfassungsgerichts

„Alle Verfahren, die mit dem Notstand martialischen Rechts zu tun haben, müssen fair und angemessen durchgeführt werden, damit es keinen weiteren Funken der nationalen Spaltung gibt.“ Das Verfassungsgericht überprüft das Impeachment von Yoon, das am 14. Dezember stattfand, und wird entscheiden, ob er dauerhaft aus dem Amt entfernt oder wieder eingesetzt wird.

Die Position von Yoon und mögliche Neuwahlen

Yoon und seine Anwälte argumentieren, dass er niemals beabsichtigt habe, martialisches Recht vollständig durchzusetzen; vielmehr habe er diese Maßnahmen lediglich als Warnung gedacht, um eine politische Pattsituation zu durchbrechen. Sollte Yoon seines Amtes enthoben werden, müsste innerhalb von 60 Tagen eine neue Präsidentschaftswahl abgehalten werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at